

Stadt Heidelberg
Dezernat III, Kinder- und Jugendamt

**Modellprojekt "Elternberatung an
Kindertagesstätten"**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Jugendhilfeausschuss	15.04.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	16.04.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Gemeinderat	29.04.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Jugendhilfeausschuss und Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat, der Umsetzung des Modellprojektes „Elternberatung an Kindertagesstätten“ zum 01.05.2008 für die Dauer von 16 Monaten zuzustimmen.

Hierfür werden aus dem Budgetübertrag des Kinder- und Jugendamtes in 2008 außerplanmäßige Mittel in Höhe von 66.700 € bereitgestellt. Die in 2009 benötigten Mittel werden im Haushaltsplan 2009 veranschlagt.

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Vereinbarung über die Durchführung von Beratungsangeboten für Eltern in Fragen der Erziehung an Kindertagesstätten im Stadtgebiet Heidelberg

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 6	+	Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen
DW 1	+	Familienfreundlichkeit fördern

Begründung:
Der Aufbau einer dezentralen Beratungsstruktur für Eltern in Fragen der Erziehung dient dazu, mehr Eltern zu erreichen und darin zu unterstützen, auf die Interessen und Bedürfnisse ihrer Kinder angemessen eingehen zu können.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine



II. Begründung:

Bundesweit wird von Expertinnen und Experten ein Beratungsangebot für Eltern, das an den Kindertagesstätten verortet ist, sehr positiv gesehen. Auch in Heidelberg wurden erste positive Erfahrungen durch Frau Stadträtin Dr. Werner-Jensen gesammelt, die an einer evangelischen Kindertagesstätte ein Beratungsangebot für Eltern initiiert und durchgeführt hat.

Gemäß § 16 SGB VIII „Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie“ in Verbindung mit § 28 SGB VIII „Erziehungsberatung“ hat das Kinder- und Jugendamt nun ein flächendeckendes Konzept zur Durchführung von Beratungsangeboten für Eltern in Fragen der Erziehung an Kindertagesstätten in Heidelberg entwickelt, das in Form eines Modellprojektes vom 01.05.2008 bis zum 31.08.2009 schrittweise umgesetzt und erprobt werden soll.

Mütter und Väter sollen mit diesem niederschweligen Beratungsangebot in der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung unterstützt und gestärkt werden. Durch die Verankerung des Beratungsangebotes für Eltern an den Kindertagesstätten ist es möglich, die Eltern zu einem frühen Zeitpunkt zu erreichen und präventiv wirksam zu werden. Der Ort der Beratung „Kindertagesstätte“ ist den Eltern bereits vertraut, bekannt und einfach zu erreichen. Zudem kann die Vertrauensperson „Erzieher/in“ als Mittler zum Beratungsangebot fungieren. Dadurch können auch Eltern erreicht werden, die von sich aus keine Beratungsstelle aufsuchen würden.

Die Beratung an den jeweiligen Kindertagesstätten wird von langjährigen und kompetenten Partnern in Erziehungs- und Lebensfragen der Stadt Heidelberg durchgeführt. Diese sind: Caritasverband Heidelberg, Arbeiterwohlfahrt Heidelberg, Katholische Gesamtkirchengemeinde, Diakonisches Werk, Institut für analytische Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie und Internationales Frauenzentrum. Die Träger setzen gemäß § 72 SGB VIII ausgebildete und erfahrene Fachkräfte zur Beratung ein.

Das Modellprojekt wird den Trägern der Kindertagesstätten in Heidelberg am 09.04.2008 im Rahmen eines Trägertreffens vorgestellt. Die psychologische Beratungsstelle des Caritasverbandes sowie die Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle der Katholischen Gesamtkirchengemeinde beraten alle katholischen Kindertagesstätten. Die Beratung der evangelischen Kindertagesstätten würde im Rahmen des Modellprojektes das Diakonische Werk übernehmen. Ansonsten wurden die Kindertagesstätten gemäß ihrer örtlichen oder teilweise bereits gewachsenen fachlichen Bezüge den jeweiligen Trägern des Beratungsangebotes zugeteilt.

Das Beratungsangebot erfolgt einmal monatlich für die Dauer von zwei Beratungseinheiten à 45 Minuten. Pro Beratungseinheit erhält der Träger 52,- Euro. Die Vor- und Nachbereitungszeit sowie Fahrtkosten sind damit ebenfalls abgegolten.

Das Beratungsangebot dient einem Erstkontakt. Sollten darüber hinaus weitere Beratungen im gleichen Fall notwendig sein, so ist dieser Bedarf über das bereits bestehende Budget des Trägers abzurechnen. Die Leitung der jeweiligen Kindertagesstätte vor Ort stellt für die Beratung einen Raum zur Verfügung, macht die Eltern der Kindertagesstätte grundsätzlich auf das Angebot aufmerksam und vermittelt in Einzelfällen gezielt Eltern in das Beratungsangebot.

Alle am Modellprojekt „Elternberatung an Kindertagesstätten“ beteiligten Fachkräfte verpflichten sich, eng und vertrauensvoll zusammen zu arbeiten.

Eine erste Auswertung des Modellprojektes erfolgt nach einem halben Jahr zwischen Kinder- und Jugendamt, Träger der Beratungsstelle und Träger der Kindertagesstätte. Die abschließende gemeinsame Bewertung findet nach Ablauf des Modellzeitraumes statt.

Zwischen dem Kinder- und Jugendamt, den Trägern der Beratungsstelle und den sich beteiligenden Kindertagesstätten wird eine entsprechende Vereinbarung geschlossen (siehe Anlage).

Für den Zeitraum 01.05.2008 bis 31.12.2008 werden aus dem Budgetübertrag des Kinder- und Jugendamtes außerplanmäßige Mittel in Höhe von 66.700 € bereitgestellt. Für den restlichen Modellzeitraum 01.01.2009 bis 31.08.2009 werden die benötigten Mittel in Höhe von 66.700 € in den Haushalt eingestellt mit Deckung aus dem Budgetübertrag des Kinder- und Jugendamtes.

Nach Ablauf des Modellzeitraumes erfolgt eine Bewertung des Modellprojektes und eine Entscheidung darüber, ob es eine zweite Modellphase geben wird. Für diesen Fall werden für den Haushalt 2009/2010 33.300 € bzw. 100.000 € beantragt, die unter dem Vorbehalt der Entscheidung des Gemeinderates über eine Fortsetzung des Projektes stehen.

gez.

Dr. Eckart Würzner